

Stopp - keine Arbeitszeitverlängerung



Damit nicht noch mehr Menschen arbeitslos werden!

Damit Arbeitsüberlastung nicht Gesundheit, Familie und Freundschaften kaputt machen!

Damit die Qualität der Arbeit nicht leidet!

Damit die Jugend eine Zukunft hat!

Die Tinte unter dem TVöD ist noch nicht ganz trocken, da liegen schon die nächsten Angriffe der Arbeitgeber vor. Die hessischen kommunalen Arbeitgeber wollen nun auch die 40-Stundenwoche im kommunalen Bereich einführen und haben ver.di deshalb zu Verhandlungen aufgefordert. Aus unserer Sicht gibt es hier nichts zu verhandeln. Arbeitszeitverlängerung ist und bleibt für uns tabu!!!

Wir akzeptieren keine Arbeitszeitverlängerung, weil das bedeutet:

- dass die Arbeitsbelastung noch mehr steigt, da Stellen abgebaut werden
- dass alle Vollzeitbeschäftigten bei einer 40-Stundenwoche auf 4% Gehalt verzichten müssten, bzw. sie müssen für das gleiche Geld 1,5 Stunden mehr arbeiten
- dass Teilzeitbeschäftigte, von denen es gerade im Krankenhaus besonders viele gibt, direkte Gehaltseinbußen hätten, weil sie ihr Gehalt anteilig zu den Vollbeschäftigten erhalten. Bei einer Beschäftigung von 19,25 Stunden sind das um die 50 Euro
- dass wir bei einer 40-Stundenwoche 1,5 Stunden in der Woche weniger Freizeit hätten, was im Jahr 10 Tage sind, also soviel wie zwei Wochen Urlaub weniger
- dass die Perspektive zur Übernahme nach der Ausbildung noch schlechter wird

Wir müssen alles tun, um diese Provokation der Arbeitgeber zurückzuschlagen. Denn wir wissen genau, dass sie bei den Sonderzahlungen und beim Gehalt weitermachen, wenn wir jetzt keine Grenzen setzen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind nicht die Melkkuh ihrer Arbeitgeber, nur weil die Regierungen Milliarden Steuergeschenke an die Einkommensmillionäre und Konzerne verteilen.

Im Gegensatz zu Hessen, haben die kommunalen Arbeitgeber in Baden Württemberg bereits die Tarifverträge zur Arbeitszeit gekündigt. In Hessen ist dies nur noch eine Frage der Zeit. Wir müssen uns also auf harte Auseinandersetzungen einstellen.

Die ver.di Betriebsgruppe der Gesundheit Nordhessen Holding AG fordert:

- konsequente Ablehnung von jeglicher Arbeitszeitverlängerung, auch oder erst recht bei Drohung der Arbeitgeber den Tarifvertrag zur Arbeitszeit zu kündigen
- gemeinsamen Widerstand mit den Kolleg/innen aus Baden Württemberg und bundesweit
- den fortgesetzten Angriffen der Arbeitgeber muss endlich durch Kampfmaßnahmen Paroli geboten werden. Die Beschäftigten der Unikliniken in Baden Württemberg haben uns vorgemacht, wie man gegen Arbeitszeiterhöhung kämpft



Fachbereich
Gesundheit, soziale Dienste,
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Betriebsgruppe
Klinikum Kassel



Ver.di wird am 28.11. eine Funktionärskonferenz zu dem Thema durchführen, um das weitere Vorgehen zu planen. Es ist wichtig, dass wir dort zahlreich vertreten sind. Eine Einladung hierzu wird noch mal gesondert verteilt.

Arbeitszeiterhöhung - damit die Reichen immer reicher werden?!

Um 11% stiegen die Einkommen der Unternehmen und Vermögensbesitzer im Jahr 2004. Ein Rekordzuwachs! Das ist bei weitem die stärkste Erhöhung seit mehr als 20 Jahren wenn man/frau die Preissteigerung berücksichtigt.

Die ArbeitnehmerInneneinkommen „stiegen“ um 0,00 (!!) Prozent. Gleichzeitig wuchs die Produktivität und die Preise stiegen weiter an. Die Tariflohnerhöhungen waren zu gering, millionenfach wurde Lohnverzicht erzwungen. Es gibt immer mehr Minijobs und Niedriglöhne.

Wäre der Anteil der Steuereinnahmen an der Wirtschaftsleistung noch so hoch wie im Jahr 2000, wären 65 Milliarden Euro jährlich mehr in den öffentlichen Kassen.

10% der Haushalte besitzen fast die Hälfte des Vermögens in Deutschland. 50% der Bevölkerung müssen sich mit 4% des Vermögens begnügen.

Jetzt kommt es auf Dich an! Nur organisierte Belegschaften können streiken und Arbeitszeitverlängerung verhindern!

ver.di **Beitrittserklärung** Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.

Ich möchte Mitglied werden ab _____ Monat/Jahr

Persönliche Daten:
 Name _____
 Vorname _____ Titel _____
 Straße/Hausnummer _____
 PLZ _____ Wohnort _____
 Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____
 Telefon (privat/dienstlich) _____
 E-Mail _____
 Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____
 Nationalität _____
 Geschlecht weiblich / männlich

Beschäftigungsdaten
 Arbeiter/in Angestellte/r
 Beamter/in DO-Angestellte/r
 Selbstständige/r freie Mitarbeiter/in

Vollzeit _____ Anzahl Wochenstd. _____
 Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd. _____
 Arbeitslos _____
 Wehr-/Zivildienst bis _____
 Azubi-Volontar/in/Referendar/in bis _____
 Schüler/in-Student/in bis _____
 Praktikant/in bis _____
 Altersteilzeit bis _____
 Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____
 Straße/Hausnummer _____
 PLZ _____ Ort _____
 Personalnummer _____
 Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

Ich bin Meister/in-Techniker/in
 Ingenieur/in
Werber/in:
 Name _____

Vorname _____
 Mitgliedsnummer _____
 Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____
 von: _____ Monat/Jahr bis: _____ Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:
 Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug einzuziehen.
 monatlich vierteljährlich
 halbjährlich jährlich
 Name des Geldinstituts, in Filiale _____
 Bankleitzahl _____ Kontonummer _____
 Name des Kontoinhabers _____
 Datum/Unterschrift des Kontoinhabers _____
 Tarifvertrag _____
 Tarifl. Lohn- bzw. Gehaltsgruppe _____
 lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjahr _____
 Bruttoeinkommen _____
 Euro _____
Monatsbeitrag
 Euro _____
Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach §14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttolohnes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruhestandler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt Euro 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgehilfen/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag Euro 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.